BDI Agenda

27. April 2015

BDI
Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.

Fangemeinde für TTIP muss wachsen

BDI-Präsident Ulrich Grillo hat in einem Zeitungsinterview Anfang April erneut die Notwendigkeit eines transatlantischen Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA betont. Wohlstand und Wachstum würden auf beiden Seiten des Atlantiks steigen.

>> Seite 2

Meinung

»Ich erwarte von der Politik Konzepte und Konsequenz«

BDI-Präsident Ulrich Grillo fordert die Bundesregierung angesichts der guten Wirtschaftslage auf, endlich den konjunkturellen Rückenwind zu nutzen.

>> Seite 3

BDI-Verbände

Bündnis für nachhaltige Textilien

Handel und Industrie wollen mit Bundesregierung, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft die Lieferkette für Textilien sozialer und ökologischer gestalten.

>> Seite 5

BDI-Themen

Expertenanhörung zum IT-Sicherheitsgesetz

Die Industrie zieht ein freiwilliges Meldesystem bei Hackerangriffen auf unternehmenseigene IT-Infrastrukturen einer gesetzlichen Regelung vor.

>> Seite 7

BDI-Themen

Investitionsturbo anschalten

BDI-Hauptgeschäftsführer Markus Kerber äußert sich zum Bericht der Expertenkommission zur Stärkung von Investitionen in Deutschland.

>> Seite 9

BDI-Themen

Starker Partner in Westafrika

Das Verbandspartnerschaftsprogramm mit der Association of Ghana Industries ist im April nach sechs Jahren erfolgreich beendet worden.

>> Seite 10

BDI-Themen

Zuwanderung
>> Seite 8

Indien
>> Seite 9

Kulturförderpreis
>> Seite 11

BDI-Termine
>> Seite 12

Titelthema

TTIP: Die Fangemeinde muss wachsen

BDI-Präsident Ulrich Grillo hat in einem Zeitungsinterview Anfang April erneut die Notwendigkeit eines transatlantischen Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA betont. »Die Bürger sollen wissen, dass das Abkommen für alle Wohlstand und Wachstum auf beiden Seiten des Atlantiks bringt. Dazu müssen Politik und Wirtschaft mit den Bürgern ins Gespräch kommen. Nur dann wächst die Fangemeinde von TTIP«, sagte Grillo dem Handelsblatt.

Es seien zu Beginn der Verhandlungen Fehler gemacht worden. Die Verhandlungen seien zu intransparent geführt worden, die Fortschritte hätten von Seiten der EU-Kommission regelmäßiger und offener kommuniziert werden müssen. »Stattdessen wurden viele Informationen erst durch geleakte Papiere bekannt. So ist Unsicherheit bei denen entstanden, die ohnehin skeptisch waren«, resümierte der BDI-Präsident. Sachliche Argumente gegen TTIP müssten ernst genommen und diskutiert werden. »Es gibt aber auch Protestgruppen, die aus der Angst der Bürger nur Kapital schlagen wollen und Vorurteile schüren. Die lassen sich auch von guten Argumenten nicht überzeugen«, sagte Grillo. Der BDI wolle deswegen mit einer Informations- und Dialogoffensive für TTIP eintreten.

»Wir brauchen dieses Abkommen, um Deutschlands wirtschaftliche Zukunft zu sichern. Damit wir nicht nach und nach in die Bedeutungslosigkeit abgedrängt werden. Denn das wachsende wirtschaftliche Gewicht der Schwellenländer führt dazu, dass die globale Gestaltungskraft Deutschlands und der EU immer geringer wird«, argumentierte der BDI-Präsident. Mit wem solle Europa denn sonst einen Wachstums- und Innovationsraum schaffen, wenn nicht mit den USA? Die Chance müsse ergriffen werden.

Die viel debattierten Investitionsschutzabkommen seien wichtig, um Investitionen im Ausland gegen politische Risiken abzusichern. Neu seien diese nicht: Allein 13 davon gebe es mit EU-Mitgliedsstaaten wie Portugal, Ungarn oder Rumänien. Doch auch Grillo sieht Verbesserungsbedarf bei den Schiedsgerichten. »Vor allem die Verfahren sind noch zu intransparent. Deshalb halte ich es für einen Fehler, dass die Gespräche über dieses Thema auf Eis gelegt wurden. Verbesserungen kann man nur über Verhandlungen erreichen«, so der BDI-Präsident.

>> Mehr Informationen

Meinung

»Ich erwarte von der Politik Konzepte und Konsequenz«

Der BDI sieht die konjunkturelle Entwicklung optimistischer als zuvor und erwartet einen Zuwachs des Bruttoinlandproduktes von rund zwei Prozent in diesem Jahr. Der niedrige Ölpreis, der günstige Wechselkurs und der starke private Konsum treiben die Konjunktur in Deutschland an. BDI-Präsident Ulrich Grillo forderte auf der Hannover Messe Mitte April die Politik angesichts der guten Lage auf, diesen konjunkturellen Rückenwind endlich zu nutzen – solange die Sonne noch scheint.

BDI-Präsident Ulrich Grillo

»In unseren Unternehmen läuft es rund. Bei den Auftragseingängen in der Industrie beobachten wir eine stabile Aufwärtsbewegung. Sowohl Inlands- wie Auslandsnachfrage stiegen im letzten Quartal 2014 im Vergleich zum Vorzeitraum um knapp zwei Prozent. Zwar war zu Jahresbeginn aufgrund fehlender Großaufträge ein leichter Rückgang beim Auftragseingang zu verzeichnen. Die Stimmung in der Industrie ist laut ifo-Geschäftsklima- und laut Einkaufsmanagerindex weiterhin gut. Der niedrige Ölpreis, der günstige Wechselkurs und der starke private Konsum treiben die Konjunktur an: Der BDI erwartet in diesem Jahr jetzt einen Zuwachs des Bruttoinlandproduktes von rund zwei Prozent. Weltweit gehen wir von einem wirtschaftlichen Wachstum von gut 3,5 Prozent aus. Für das nächste Jahr rechnen wir mit einer weiteren Belebung im gleichen Umfang.

Der finanzielle Spielraum für kluge Politik ist vorhanden

Nicht überall scheint die Sonne. Auf der Sorgenseite liegen Russland, Brasilien und einige Netto-Ölexporteure. Auf der Sonnenseite liegen das diesjährige Messe-Partnerland Indien, die USA, das Partnerland 2016, sowie Spanien, Großbritannien und Deutschland.

Europas Erholung festigt sich. Die Geldpolitik ist Triebfeder der Entwicklung. Europa profitiert momentan von dem Stimulus niedriger Zinsen, auf Dauer aber bedarf es vor allem Strukturreformen. Hier muss die Politik ihrer Verantwortung für die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen nachkommen. Wir müssen die gute Ausgangslage jetzt nutzen. Denn die Politik hat sich Zeit nur geborgt – durch billiges Öl, günstige Wechselkurse, Impulse von der Geldpolitik. Die Politik hat die Probleme nicht gelöst. Ich erwarte von der Politik Konzepte und Konsequenz. Sie muss viel mehr dafür tun, unsere Stärke, die industrielle Wertschöpfung am Standort Deutschland, zu erhalten.

Ein Zahlen-Beispiel: Die Bruttowertschöpfung der Industrie ist hierzulande mit 660 Milliarden Euro größer als die in Italien und Frankreich, der Nummer zwei und drei in der EU, zusammen – mit nicht einmal 530 Milliarden Euro. Die Bundesregierung hat seit Regierungsantritt für die Unternehmen einen Weg der Belastung anstelle der Entlastung eingeschlagen. Sie setzte falsche Prioritäten, und sie tut das zum Teil immer noch: Mit dem Kohleplan aus dem Bundeswirtschaftsministerium wird der Strompreis für die privaten und industriellen Verbraucher in Deutschland deutlich steigen. Er gefährdet viele Tausende Arbeitsplätze – direkt und indirekt, ohne CO2 einzusparen. Nationale Alleingänge sind kontraproduktiv. Ihr Nutzen ist begrenzt, ihre Kosten sind real. Wir sollten in Europa insgesamt für faire Wettbewerbsbedingungen sorgen. Es ist höchste Zeit für eine europäische Energie- und Klimapolitik aus einem Guss.

Die Große Koalition muss nun den Mut für große Projekte finden

Auch in der Steuerpolitik läuft es nicht rund. Stichwort Erbschaftsteuer: Die aktuellen Reformpläne des Bundesfinanzministeriums drohen die Belastung für die Familienunternehmen, das Herz unserer Wirtschaft, noch über die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts hinaus zu verschärfen. Das wäre schädlich für den Mittelstand. Die Politik muss mehr tun für die Industrie und für den Mittelstand. Deshalb es ist gut, dass sie sich in diesem Jahr darauf besonnen hat, mehr für bessere Rahmenbedingungen zu tun: für die Infrastruktur und die langfristige Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.

Die Beschlüsse der Koalition zur Aufstockung der Mittel in den kommenden drei Jahren um 15 Milliarden Euro sind richtig: für Verkehrswege, generell für kommunale Investitionen, für den Ausbau der digitalen Infrastruktur, für Städtebau und Klimaschutz.

Diese Mittel reichen bloß noch nicht aus – und können allein das Problem nicht beheben. Denn unser Land braucht auch mehr private Investitionen, und zwar dauerhaft – etwa für das schnelle Internet. Dafür bedarf es besserer Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung, für Risikokapital sowie Unternehmensgründer.

Jetzt mit dem konjunkturellen Rückenwind ist die richtige Zeit, die Weichen für die Zukunft zu stellen. Der finanzielle Spielraum für kluge Politik ist vorhanden. Die Große Koalition muss nun den Mut für große Projekte finden.«

Die Eröffnungsfeier der diesjährigen Hannover Messe war gut besucht. Partnerland der weltgrößten Industriemesse war Indien, das Eindruck mit einer effektvollen Lichtshow machte.

BDI-Präsident Ulrich Grillo begleitete Bundeskanzlerin Angela Merkel und den indischen Premierminister Narendra Modi auf ihrem Rundgang durch die Messehallen.

Mit der Initiative »Make in India« will das Gastland seine Bedeutung als Investitions- und Produktionsstandort im Ausland stärken.

Bei der "Night of Innovations": Holger Lösch, Mitglied der BDI-Hauptgeschäftsführung, VDMA-Präsident Reinhold Festge, Bundesbildungsministerin Johanna Wanka, Wolfram von Fritsch, Vorstandsvorsitzender Deutsche Messe (v.l.n.r.)

Stefan Mair, Mitglied der BDI-Hauptgeschäftsführung, bei der Sitzung des Außenwirtschafts-Ausschusses, die am Rande der Hannover Messe stattfand.

Schon am Vorabend der weltgrößten Industrieschau luden der BDI und die Hannover Messe zum Wirtschaftsforum ein. Schwerpunkt der Podiumsdiskussion war die Digitalisierung der Industrie.

BDI-Verbände

Textil + Mode
Textilbündnis: Einigung über Beitrittsvoraussetzungen

Handel und Industrie wollen gemeinsam mit der Bundesregierung, Gewerkschaften und Vertretern der Zivilgesellschaft die Lieferkette für Textilien sozialer und ökologischer gestalten. Um möglichst viele, auch mittelständische Unternehmen zu beteiligen, haben sich die Wirtschaftsverbände mit dem Bündnis für nachhaltige Textilien über wesentliche Beitrittsvoraussetzungen geeinigt. Die Ziele des aktuellen Aktionsplans dienen dabei als Orientierungsrahmen für die künftige Arbeit. »Die deutsche Textilwirtschaft schlägt einen verbindlichen Arbeitsprozess vor, bei dem die Bündnisteilnehmer gemeinsam definierte Ziele zur Verbesserung der Produktionsbedingungen in Drittländern verfolgen«, so Ingeborg Neumann, Präsidentin des Gesamtverbandes der deutschen Textil- und Modeindustrie (t+m). Die Ziele des Bündnisses sollen regelmäßig überprüft und angepasst werden.

www.textil-mode.de

WV Stahl
Stahlindustrie betroffen vom Güterverkehrsstreik

»200.000 Tonnen Rohstoffe und Stahl werden täglich über die Bahn transportiert«, so Hans Jürgen Kerkhoff, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl. Die Stahlindustrie in Deutschland ist sowohl bei der Sicherstellung der Versorgung mit Rohstoffen wie Erz, Kohle und Schrott als auch beim Versand von Fertigprodukten, wie Coils, Bleche, Draht-Gebinde oder Brammen, in hohem Maße auf den Schienenverkehr angewiesen. Über 50 Prozent der Transportmengen werden über die Schiene befördert. DB Schenker Rail sei für die Stahlunternehmen der mit Abstand wichtigste Transportdienstleister auf der Schiene. Andererseits sei die Stahlindustrie der größte Güterverkehrskunde der Deutschen Bahn.

www.stahl-online.de

VDA
Deutsche Automobilindustrie in China weiter auf Erfolgskurs

Die deutschen Automobilhersteller haben im vergangenen Jahr über 14,9 Millionen Pkw weltweit produziert, davon gut 9,3 Millionen Einheiten an ausländischen Standorten. Die Fertigung entspricht damit rund einem Fünftel der Welt-Pkw-Produktion. Deutsche Hersteller und Zulieferer sind weltweit in mehr als 70 Ländern mit eigenen Fertigungsstandorten vertreten. Insgesamt sind das über 2.000 Produktions- und Montagestätten im Ausland. Davon befinden sich rund 240 Standorte deutscher Zulieferer allein in China. Der Pkw-Markt China hat sich in den vergangenen Jahren sehr dynamisch entwickelt. 2013 überholte er den für uns weiter wichtigen US-Markt. 2014 war ein Plus von 12,7 Prozent auf 18,4 Mio. Einheiten zu verzeichnen.

www.vda.de

VDMA
Maschinenbau geht auf Kurs 4.0

Auf dem Weg zur vernetzten Produktion sind die deutschen Maschinenbauer deutlich vorangekommen. Aus den verschiedensten Fachzweigen der Branche, von der Antriebs- und Fluidtechnik über die elektrische Automation bis hin zur Software, demonstrierten die Unternehmen auf der Hannover Messe ihre Fortschritte in Sachen Industrie 4.0 – und stießen damit auf großes Interesse der Messebesucher. Dies zeigte sich exemplarisch auf dem vom VDMA mitorganisierten Forum Industrie 4.0: Bereits am dritten Messetag wurde mit mehr als 4000 Besuchern die Rekordzahl des Vorjahres übertroffen.

www.vdma.org

BITKOM
Vorratsdatenspeicherung

Der Digitalverband Bitkom äußert sich zu den beschlossenen Eckpunkten zur Vorratsdatenspeicherung. »Die Unternehmen werden die geplanten gesetzlichen Vorgaben zur Vorratsdatenspeicherung selbstverständlich umsetzen«, sagte Bitkom-Präsident Dieter Kempf. »Es ist wichtig, dass ein Ausgleich zwischen dem hohen Gut der Freiheits- und Persönlichkeitsrechte einerseits und berechtigten Sicherheitsinteressen andererseits gefunden wird. Der vorliegende Vorschlag zeigt dabei auch klar Grenzen einer Vorratsdatenspeicherung auf. Letztlich brauchen wir aber eine europäische Lösung. Ein rein nationaler Ansatz belastet ausschließlich die in Deutschland tätigen Unternehmen und ist in Zeiten grenzüberschreitender Kriminalität und terroristischer Aktivitäten nur bedingt effektiv.«

www.bitkom.org

WEG
Erdgas und Erdöl international erfolgreich, aber in Deutschland vor dem Aus?

Ob Heizenergie, Stromlieferant oder Basis für Möbel, Kleidung, Medizin oder Autoreifen: Erdgas und Erdöl sind wichtige Rohstoffe für Deutschland. Die Nutzung der heimischen Potenziale ist dabei ein wichtiger Faktor für Versorgungssicherheit und stärkt den Industriestandort Deutschland. Im vergangenen Jahr wurden in Deutschland 2,4 Millionen Tonnen Erdöl und 9,2 Milliarden Kubikmeter Erdgas gefördert. Doch die Produktion von Erdöl und Erdgas im Land ist politisch blockiert und dadurch stark rückläufig. »Seit vier Jahren diskutieren wir in Deutschland über die heimische Förderung und Fracking. Das belastet die Industrie und die Perspektiven für die Energieversorgung in Deutschland erheblich. Zehn Prozent der Erdgasreserven sind bereits verloren und infolge des Produktionsrückgangs der letzten Jahre sind Entlassungen in unseren Mitgliedsunternehmen längst bittere Realität«, so der Vorsitzende des Wirtschaftsverbands Erdöl- und Erdgasgewinnung e. V., Gernot Kalkoffen.

www.erdoel-erdgas.de

IT-Sicherheitsgesetz

BDI als Sachverständiger im Bundestag

Die Industrie zieht ein freiwilliges privatwirtschaftliches Meldesystem bei Hackerangriffen auf unternehmenseigene IT-Infrastrukturen einer gesetzlichen Regelung vor. Bei einer Expertenanhörung zum IT-Sicherheitsgesetz im Innenausschuss des Deutschen Bundestages bekräftigte die BDI-Abteilungsleiterin Digitalisierung, Iris Plöger, als Sachverständige diese Position.

Der BDI bemängelt, dass aus dem Gesetzentwurf nicht hervorgeht, welche Bereiche und Unternehmen als »kritische Infrastrukturen« eingestuft werden sollen und damit behördlichen Meldepflichten unterliegen. Um mehr Planungs- und Rechtssicherheit für Unternehmen zu schaffen, sollten Rechtsbegriffe konkretisiert werden. Es ist nicht nachvollziehbar, warum sich das Gesetz lediglich an private Betreiber kritischer Infrastrukturen richtet. Auch der Staat als größter Betreiber kritischer Netze und Einrichtungen muss unter die gesetzlichen Regelungen fallen. Die Maßnahmen des IT-Sicherheitsgesetzes und der derzeit auf europäischer Ebene verhandelten Richtlinie für Netz- und Informationssicherheit müssen außerdem kompatibel sein.

Der Deutsche Bundestag wird sich in zweiter Lesung mit dem Gesetzentwurf befassen und ihn voraussichtlich vor der Sommerpause verabschieden. Parallel will das Bundesinnenministerium mit der Wirtschaft bis Anfang 2016 eine Rechtsverordnung erarbeiten. Sie soll klären, welche Dienstleistungen als kritisch

Die Industrie zieht ein freiwilliges Meldesystem bei Hackerangriffen auf unternehmenseigene IT-Infrastrukturen einer gesetzlichen Reglung vor.

eingestuft werden und damit in den Anwendungsbereich des Gesetzes fallen.

Ansprechpartnerin:
Deborah Klein
d.klein@bdi.eu

Konfliktrohstoffe

Industrie setzt sich konstruktiv für Transparenz ein

Parallel zu der aktuell im Europäischen Parlament diskutierten EU-Initiative zu Konfliktrohstoffen beschäftigt sich derzeit auch der Entwicklungsausschuss des Deutschen Bundestages mit Transparenz von Zahlungen und Lieferketten im Rohstoffsektor. Hierzu fand Ende April eine öffentliche Anhörung statt, um die Wirksamkeit von Freiwilligkeit gegenüber verbindlichen Regelungen zur Unternehmensverantwortung zu erörtern.

Matthias Wachter, BDI-Abteilungsleiter Sicherheit und Rohstoffe, nannte als geladener Sachverständiger die internationale Transparenzinitiative EITI als Beispiel für einen erfolgreichen freiwilligen Ansatz, der vom BDI konstruktiv unterstützt wird. Auch zum verantwortungsvollen Bezug von Rohstoffen aus Konfliktregionen gebe es bereits freiwillige Initiativen der Industrie. Aufgrund der tiefen Komplexität vieler Lieferketten, so Wachter, sei eine vollständige Rückverfolgung der Rohstoffe über die gesamte Lieferkette häufig nicht umsetzbar. Hinzu komme, dass es aus Konfliktregionen bislang nur sehr wenig zertifizierte Rohstoffe gebe. Nachweispflichten für die Industrie führten in Folge dessen zu einem Ausschluss ganzer Konfliktregionen von den Rohstoffmärkten. Deshalb fordert der BDI ein stärkeres politisches Engagement, um das Volumen zertifizierter Rohstoffe aus Konfliktregionen zu erhöhen, beispielsweise durch Unterstützung von Zertifizierungsinitiativen vor Ort.

In Hinblick auf die geplante EU-Initiative zum verantwortungsvollen Rohstoffbezug setzt sich der BDI für effektive und praktikable Regelungen ein. Ein freiwilliges System erlaubt verantwortungsvollen Beziehern von Rohstoffen und den Konfliktregionen mehr Flexibilität zum sukzessiven Aufbau transparenter Lieferketten zur Verbesserung der Situation vor Ort.

Der BDI setzt sich für effektive und praktikable Regelungen für einen verantwortungsvollen Rohstoffbezug ein.

Ansprechpartnerin:
Eva Stollberger
e.stollberger@bdi.eu

CDU/CSU-Wirtschaftsforum

Warnung vor Bermudadreieck in Energiepolitik

Mit einem Appell wandte sich BDI-Präsident Ulrich Grillo beim Wirtschaftsempfang der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Ende April in Berlin an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und die CDU- und CSU-Bundestagsabgeordneten: »Helfen Sie mit, dass Ihre Wähler verstehen, worum es bei TTIP geht und warum TTIP für uns alle so wichtig ist.«

Vor rund 650 Gästen hob Grillo Erleichterungen für große wie kleine Unternehmen hervor, die ein transatlantisches Freihandelsabkommen bringen würde, und betonte, dass TTIP nicht zu einer Absenkung von Standards führen dürfe. Auch im Namen der Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, des Deutschen Industrie- und Handelskammertags und des Zentralverbands des Deutschen Handwerks betonte Grillo, dass bei der Reform der Erbschaftsteuer kleine und große Familienunternehmen mit ihren mittelständischen Strukturen von einer steigenden Erbschaftsteuerlast verschont werden müssten, um Arbeitsplätze zu erhalten.

Auch zur Energiewende äußerte sich Grillo: Bei der Umsetzung sei eine nationale Klimaabgabe für Kohlekraftwerke der falsche Weg, mahnte er. Die Politik müsse darauf achten, dass aus dem energiepolitischen Zieldreieck »sicher, sauber und bezahlbar« kein Bermudadreieck werde, in dem die Industrie versinke, sagte Grillo.

BDI-Präsident Ulrich Grillo

Ansprechpartnerin:
Judith Nikolay
j.nikolay@bdi.eu

Fachkräftemangel

Mehr Wohlstand braucht Zuwanderung

BDI-Präsident Ulrich Grillo hat sich erneut für mehr Zuwanderung nach Deutschland ausgesprochen. Bei einer Mitte April veranstalteten Konferenz des Bundesinnenministeriums thematisierte Grillo Chancen und Herausforderungen der Zuwanderung.

Mit Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU), dem Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland, Heinrich Bedford-Strohm, der Vorsitzenden des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration, Christine Langenfeld, und der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Staatsministerin Aydan Özoğuz (SPD), war sich Grillo einig, dass Handlungsbedarf bei der Ausgestaltung der Zuwanderungsregeln und einer Willkommenskultur für ausländische Fachkräfte bestehe. Deutschland müsse für Zuwanderer attraktiver werden, um dem negativen demografischen Wandel entgegen zu wirken.

Mehr Wohlstand bedürfe der Zuwanderung, betonte Grillo. Studien zeichneten die kontinuierliche Verringerung des Arbeitskräftepotenzials von heute rund 45 Millionen Menschen auf weniger als 29 Millionen bis 2050. Auch unter positiveren Umständen sei die zu erwartende Lücke an Arbeitskräften nicht ohne Zuwanderung zu schließen. Schon heute gebe es einen ungedeckten Fachkräftebedarf von etwa 40.000 IT-Experten in Deutschland, führte der BDI-Präsident aus. Mangelsituationen gebe es zunehmend auch in technischen Berufen für mittelqualifizierte Arbeitnehmer.

BDI-Präsident Ulrich Grillo (r.) im Gespräch mit Bundesinnenminister Thomas de Maizière (l.).

Um Deutschland als Zuwanderungsziel attraktiver zu machen, forderte Grillo ein gesellschaftliches Umdenken. Integration funktioniere nur, wenn alle verstünden, dass durch Zuwanderung keine Verluste entstehen.

Ansprechpartnerin:
Valerie Ross
v.ross@bdi.eu

Investitionen

BDI begrüßt Idee einer Bundesautobahngesellschaft

Die von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) eingesetzte Expertenkommission zur Stärkung von Investitionen in Deutschland unter Leitung von DIW-Präsident Marcel Fratzscher hat Mitte April ihren Bericht vorgestellt. Dabei geht es um Impulse, wie mehr Kapital für den Ausbau und die Verbesserung von Verkehrswegen und der kommunalen Infrastruktur mobilisiert werden kann.

BDI-Hauptgeschäftsführer Markus Kerber forderte als Mitglied des Gremiums die Bundesregierung auf, mehr zu investieren: »Überschüsse öffentlicher Haushalte müssen verstärkt in Investitionen fließen. Es muss alles getan werden, um einen Investitionsturbo anzuschalten. Das funktioniert auch mit der Schuldenbremse.«

Öffentliche Investitionen erfüllten eine wichtige Vorlauffunktion für jede private Investition. »Der Vorschlag einer Bundesautobahngesellschaft geht in die richtige Richtung. Er schafft endlich den Einstieg in deutsche Finanzierungsgesellschaften für Infrastruktur«, sagte der BDI-Hauptgeschäftsführer bei der Veröffentlichung eines Zehn-Punkte-Plans der Experten.

BDI-Hauptgeschäftsführer Markus Kerber

Ansprechpartner:
Dr. Klaus Günter Deutsch
k.deutsch@bdi.eu

Indo-German Business Summit

Deutsche Wirtschaft hofft auf zügige Reformen durch Modi

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Indiens Premierminister Narendra Modi haben Mitte April den Indo-German Business Summit eröffnet, der gemeinsam vom Asien-Pazifik-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (APA), der Confederation of Indian Industry und der Hannover Messe veranstaltet wurde. Rund 800 Wirtschaftsvertreter aus Deutschland und Indien nahmen an dem Treffen teil.

Zentrales Thema der Konferenz war die Initiative »Make in India« von Premier Modi, die Amitabh Kant, Staatssekretär im indischen Wirtschaftsministerium, vorstellte. Umfangreiche Investitionen in den Ausbau der Infrastruktur, der Abbau von Investitionsbeschränkungen für ausländisches Kapital, Erleichterung von Geschäftstätigkeiten sowie Transparenz im Steuersystem sollen internationale Investoren anlocken.

BDI-Präsident Ulrich Grillo und Hubert Lienhard, APA-Vorsitzender, die von Seiten der deutschen Wirtschaft das Treffen eröffneten, bekräftigten die Notwendigkeit dieser Reformansätze. Grillo machte deutlich, dass offene Grenzen und ein effektiver Zollabbau grundlegend dafür seien, Indien stärker in globale Wertschöpfungsketten zu integrieren. Auch beim Infrastrukturausbau und Bürokratieabbau unterstützen BDI und APA die angestrebten Reformen.

Bundeskanzlerin Merkel betonte die Bedeutung der Gleichberechtigung deutscher Firmen mit indischen. Vor allem beim Zugang zu öffentlichen Aufträgen und der Vergabe von Lizenzen sei diese in Indien oft noch nicht gewährleistet.

BDI-Präsident Ulrich Grillo mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, Indiens Premier Narendra Modi und dem APA-Vorsitzenden Hubert Lienhard (v.l.n.r.)

In einer Podiumsdiskussion wurden Prioritäten aus Sicht der Wirtschaft analysiert. Diskutiert wurde über Ausbildungsinitiativen sowie über ein Freihandelsabkommen zwischen Indien und der EU. Die Erwartungen der deutschen Wirtschaft wurden mit den Worten »Make it happen in India« zusammengefasst.

Ansprechpartnerin:
Rabea Förstmann
r.foerstmann@bdi.eu

Mongolei
BDI diskutiert Umsetzung der Rohstoffpartnerschaft

Der BDI unterstützt den Deutsch-Mongolischen Unternehmerverband (DMUV) bei der Weiterentwicklung seiner Interessenvertretung und ist in regelmäßigem Kontakt zu aktuellen Themen und Projekten in der Mongolei. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit absolvierte der Geschäftsführer des DMUV, Marcel Venhofen, einen einwöchigen Besuch in der Abteilung Sicherheit und Rohstoffe im BDI.

Aus diesem Anlass lud der BDI zu einem Arbeitsfrühstück mit dem mongolischen Botschafter in Berlin, Tsolmon Bolor, und den Mitgliedern des BDI-Ausschusses für Rohstoffpolitik, um die Herausforderungen bei der Umsetzung der Rohstoffpartnerschaft zu diskutieren. Die Mongolei war 2011 das erste Land, mit dem die Bundesregierung als Bestandteil ihrer Rohstoffstrategie eine Rohstoffpartnerschaft abgeschlossen hat. Das Interesse der deutschen Industrie an der Mongolei wächst, es fehlt - bislang doch an konkreten Unternehmensprojekten. Darüber wird sich der BDI nun bei der Sitzung des Deutsch-Mongolischen Wirtschaftsausschusses im Oktober in der mongolischen Hauptstadt Ulaanbaatar mit seinen Partnern aus Unternehmen und Verbänden für die Zusammenarbeit im Rohstoff-, Industrie- und Technologiebereich austauschen.

Der mongolische Botschafter in Berlin Tsolmon Bolor (5. v.l.) mit Stefan Mair, Mitglied der BDI-Hauptgeschäftsführung (4. v.l.), und weiteren Teilnehmern des Arbeitsfrühstücks.

Ansprechpartnerin:
Anna-Lynn Ratz
a.ratz@bdi.eu

Ghana
Starker Partner des BDI in Westafrika

Nach sechs Jahren Zusammenarbeit wurde das Kammer-Verbandspartnerschaftsprogramm mit der Association of Ghana Industries (AGI) im April nach Ende der Programmlaufzeit erfolgreich beendet. Das Projekt wurde vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung über die Entwicklungsorganisation »sequa« finanziert.

Ziel des Programms war es, auf die Potenziale des afrikanischen Staates aufmerksam zu machen und diese im Interesse deutscher Unternehmen zu nutzen. In den vergangenen Jahren hat der BDI durch den Einsatz von Experten maßgeblich dazu beigetragen, AGI zur Stimme der ghanaischen Wirtschaft zu entwickeln. Durch die Verbindungen zu AGI hat der BDI nicht nur einen starken Partner in Ghana, sondern auch ein gutes Netzwerk in der gesamten Region Westafrika etablieren können. Darüber hinaus sind Erkenntnisse aus dem Projekt in die BDI-Strategie für Subsahara-Afrika und die BDI-Aktivitäten in Berlin und Brüssel eingeflossen.

Ghana zählt trotz aktueller wirtschaftlicher Herausforderungen wie einer hohen Inflationsrate zu den Top-Fünf der erfolgreichsten Volkswirtschaften Subsahara-Afrikas. Dank politisch stabiler Verhältnisse und eines durchschnittlichen Wirtschaftswachstums von etwa sechs Prozent bietet das Land große Potenziale für die deutsche Industrie. Dadurch stellt Ghana einen Knotenpunkt für wirtschaftliche Aktivitäten nicht nur in Westafrika, sondern in ganz Subsahara-Afrika dar.

Pressekonferenz zum erfolgreichen Abschluss des Verbandspartnerschaftsprogramms mit dem AGI-Präsidenten James Asare-Adjei (Mitte) und BDI-Abteilungsleiter Matthias Wachter (3. v.r.)

Ansprechpartnerin:
Katharina Loy
k.loy@bdi.eu

TTIP
Deutsche Unternehmer sprechen sich für Freihandelsabkommen aus

Mit Beginn der neunten Verhandlungsrunde des transatlantischen Freihandelsabkommens TTIP Mitte April in New York haben führende deutsche Unternehmer ihre Unterstützung dafür deutlich gemacht. In der neuen BDI-Publikation »Wir wollen TTIP« erläutern 23 Persönlichkeiten verschiedener Branchen anhand zahlreicher Beispiele, warum TTIP gut für ihr Unternehmen und für den Wirtschaftsstandort Deutschland ist.

»Mit TTIP haben Europa und die USA jetzt die einzigartige Möglichkeit, wichtige Regeln für die Weltwirtschaft des 21. Jahrhunderts zu schaffen – und zwar auf hohem Niveau. Diese Chance sollten die Verhandlungsführer nutzen und ambitioniert verhandeln.« Dies sagte BDI-Präsident Ulrich Grillo stellvertretend für die Unternehmerpersönlichkeiten. Eine wichtige Säule der TTIP-Verhandlungen seien globale Regeln. Ziel sei es, Vereinbarungen zu schaffen, die als Maßstab für weitere Länder und Regionen dienen können. »Mit TTIP können wir die Globalisierung aktiv gestalten – indem wir uns mit den USA auf Regeln einigen, wo die Welthandelsorganisation bisher gescheitert ist«, erklärte Grillo. Aus Sicht des BDI sollte TTIP ein umfassendes Nachhaltigkeitskapitel enthalten, in dem sich EU und USA auf die Einhaltung hoher Standards zum Schutz von Arbeitnehmern und der Umwelt einigen. »Für diese und weitere Bereiche muss es klare, faire Regeln geben, ehe uns andere Akteure zuvorkommen«, sagte Grillo.

>> Zur Pressemitteilung
>> Zur Broschüre »Wir wollen TTIP«

BDI Newsletter »Fokus Finanzmarkt«
Verschärfte Eigenkapitalregeln für Mittelstandskredite

Die neue Ausgabe des BDI-Newsletters »Fokus Finanzmarkt« beleuchtet aktuelle Vorhaben der Banken- und Kapitalmarktgesetzgebung mit konkretem Bezug zur Industriefinanzierung.

Die geplante Verschärfung der Eigenkapitalunterlegung von Unternehmenskrediten ist ein Thema des neuen »Fokus Finanzmarkt«. Die durch den Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht initiierte veränderte Systematik der Risikogewichtung könnte der Einstieg in einen neuen Aufsichtsstandard »Basel IV« werden – mit weitreichenden Folgen für die Mittelstandsfinanzierung. Künftig sollen zur Berechnung der Eigenkapitalanforderungen nicht mehr externe Ratings des kreditnehmenden Unternehmens zugrunde gelegt werden.

Stattdessen sollen die Risikogewichte für Unternehmen von Umsatz und Verschuldungsgrad bestimmt werden. Die darin angelegte steigende Eigenkapitalunterlegung würden vor allem kleine und mittlere Unternehmen zu spüren bekommen. Ihre Finanzierung könnte sich merklich verteuern. Der BDI hat zu den Plänen des Baseler Ausschusses detailliert Stellung genommen und eigene Vorschläge unterbreitet, die den Finanzierungsinteressen der Industrie Rechnung tragen. Aus aktuellem Anlass berichtet der Newsletter auch über den Start des Anleihekaufprogramms der EZB.

>> Zum Newsletter »BDI Fokus Finanzmarkt«

Ansprechpartner:
Dr. Reinhard Kudiß
r.kudiss@bdi.eu

Kultur
Deutscher Kulturförderpreis 2015 ausgeschrieben

Seit 2006 vergibt der Kulturkreis der deutschen Wirtschaft im BDI e. V. gemeinsam mit Handelsblatt und Süddeutscher Zeitung den Deutschen Kulturförderpreis für innovatives Kulturengagement von Unternehmen.

Auch in diesem Jahr können sich Firmen aller Branchen bis zum 15. Juni mit einem Kulturförderprojekt der vergangenen 24 Monate bewerben. Der Preis wird in den Kategorien große, mittlere und kleine Unternehmen vergeben. Er richtet sich nicht nach der Höhe der Förderausgaben.

Eine hochkarätig besetzte Jury mit Vertretern aus Wirtschaft, Kultur, Politik und Medien beurteilt alle eingereichten Projekte nach Kriterien wie Kreativität des Förderkonzepts, Einbindung ins Unternehmen, kulturelle Relevanz und Nachhaltigkeit. Jurymitglieder waren Thomas Bellut, Iris Berben, Edgar Berger, Ernst Elitz, Maria Furtwängler, Monika Grütters, Max Hollein, Hermann Parzinger, Barbara Schöneberger und Johanna Wanka.

>> Mehr Informationen

Ansprechpartnerin:
Dorine Wolf
d.wolf@kulturkreis.eu

BDI-Termine:
>> www.bdi.eu/Termine.htm

27.04.2015	Der Nationale Aktionsplan Energieeffizienz – Enttäuschung oder großer Wurf?	**Berlin**
18.05.2015	BDI-Seminar: Neue Herausforderungen nach REACH- und CLP-Verordnung	**Berlin**
17.06.2015	Workshop: Product Environmental Footprint (PEF) sinnvoll und konsistent gestalten!	**Berlin**
09.07.2015	Workshop: Endlichkeit trotz Ressourceneffizienz: Gehen uns die Rohstoffe aus?	**Berlin**
09.09.2015	Parlamentarischer Abend von BDI, BDA und DIHK	**Berlin**
17.09.2015	Internationale Automobil-Ausstellung – IAA 2015 (11 Tage)	**Frankfurt am Main**
20.09.2015	33. Deutsch-Brasilianische Wirtschaftstage (3 Tage)	**Joinville, Brasilien**

BDI-Newsletter abonnieren:
>> www.bdi.eu/Newsletter.htm

Bildnachweise: BDI/Kruppa (1,3,4,9), Fotolia/Lottchen (1,7), Fotolia/Carsten Steps (1), BDI (1,8,10), Fotolia/Scanrail (7), CDU/CSU-Bundestagsfraktion (8)

Redaktion: Holger Lösch und Dr. Jobst-Hinrich Wiskow (V.i.S.d.P.),
Claudia Dewitz, Steffen Schulze, Sonja Wanjek
Die Verantwortung für die Inhalte der Fremdbeiträge tragen die jeweiligen Autoren.

Herausgeber: Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.
Breite Straße 29; 10178 Berlin

BDI
Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.